

# Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden, 1. aben & Comp., Nr. 1208

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden

Legungspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Nonpareilzeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die halbspaltige Reklamazeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 80 Pf.

Nr. 61

Dresden, Montag den 13. März 1922

33. Jahrg.

## Die drei Internationalen

Wien, 11. März. In dem Aufruf der Internationalen Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Parteien (I.A.S.P.) vom 15. Januar wurde bekanntlich das Bureau der I.A.S.P. beauftragt, mit den Exekutiven der 2. und 3. Internationale in Verbindung zu treten zu dem Zwecke, eine gemeinsame Konferenz der drei Exekutiven herbeizuführen, die die Frage prüfen sollte, ob eine gemeinsame Erklärungsaktion einer allgemeinen Konferenz aller drei Internationalen möglich sei. In ihrer Sitzung vom 26. Februar in Frankfurt am Main hat die Exekutive der 2. Internationale ihre Zustimmung zu dem Zusammentritt der drei Exekutiven gegeben. Ebenso hat die erweiterte Exekutive der 3. Internationale einen Beschluss gefasst, den Vorschlag am 8. März an das Sekretariat der I.A.S.P. übermitteln, laut dem die Exekutive der 3. Internationale sich bereit erklärt, an einer Sitzung der drei Exekutiven teilzunehmen. Auf Grund dieser Erklärung macht das Sekretariat der I.A.S.P. den Vorschlag, eine

Konferenz entgegen. Ihre Exekutivkomitee hat auf der gemeinsamen Sitzung mit der Wiener Exekutive dem Vorschlag eines Zusammentritts zu Dritt zugestimmt und infolgedessen die obige Meldung zu.

### Löbe über das Steuerkompromiß

Sonabend, 12. März. In einer Versammlung der Sozialdemokratischen Partei führte der Reichstagspräsident Löbe u. a. aus, daß die Mehrheit der Sozialdemokratischen Fraktion nur deshalb dem Beitritt zu dem vorliegenden Steuerkompromiß in der Zwangsanleihe beizustimmen hat, weil die Demokratie und das Gemeinwohl die Erfüllung der Forderungen nicht zu gewinnen waren, in den Wochen vor dem Genau aber weder ein Regierungswechsel noch eine Neuwahl zum Reichstage herbeigeführt werden konnte. Der Redner selbst ist aber der Meinung, daß dieses Kompromiß nur eine Verzögerung der Lösung unserer finanziellen Probleme bedeutet, denn der Entzug der Zwangsanleihe ist mehr für die Befreiung unseres außerordentlichen Etats, noch zur Verhinderung der weiteren Inflation hilfreich. Spätestens im Herbst wird die deutsche Regierung wegen der richtigen Preissteigerung und der damit verbundenen Gehalts- und Lohnrückstellungen vor demselben ungelösten Problem stehen. Nur eine andere Regelung unserer internationalen Verpflichtungen und ein wirkliches Opfer des Volkes könnten uns aus diesem Kreislauf herausbringen.

### Das Mantelgesetz

Die vereinigten Steuerkommissionen des Reichstages trafen am Sonnabend zur Beratung des Gesetzentwurfes über Veränderungen des Finanzwesens (Mantelgesetz) zusammen. § 1 dieses Gesetzes bestimmt, daß die Reichsregierung für diejenigen Kredite, die für das Rechnungsjahr 1922 bereitgestellt sind und nicht für die Verzehrsanstalten bestimmt sind, Mittel im Wege einer in Reichsmark einzuzahlenden, in den ersten drei Jahren unverzinslichen Zwangsanleihe in Höhe des Gegenwertes von einer Milliarde Goldmark flüssig machen soll. § 2 schreibt vor, daß die 14 Steuererlöse, soweit nicht in ihnen etwas anderes bestimmt ist, einheitlich, zugleich mit dem Mantelgesetz, in Kraft treten. Nach kurzen Erklärungen der Parteien, von denen die der Unabhängigen und Demokratischen abweichend waren, wurde das Gesetz von den Steuerkommissionen angenommen.

vorbereitende Besprechung der Exekutiven der drei Internationalen am 25. März in Berlin stattfinden zu lassen. Ob es bei diesem Datum bleibt, hängt von der Zustimmung der zwei anderen Exekutiven ab.

Dazu bemerkt der Vortragsredner: Bekanntlich sind im Lager der Moskauer Internationale die Ansichten über Zweck und Zweckmäßigkeit dieser gemeinsamen Sitzung der drei Exekutivkomitees sehr verschieden. Die einen, wie die französischen und die italienischen Kommunisten, waren von Anfang an und bis zuletzt gegen diese Sitzung, Sinowjew und die Zentrale der S.P.D. waren dafür. Die S.P.D. und die Franzosen wollten die Sitzung dazu benutzen, die Führer von Zwei und Aweinehalb zu entlarven, und diese Absicht geht auch aus einem Geheimschreiben Sinowjews an einige Mitglieder der S.P.D.-Zentrale deutlich hervor. Sinowjew dagegen ist gegen eine „Entlarvung“, offenbar weil er, klüger als mancher andere, der Ansicht ist, daß man bei einem solchen Unternehmen nicht wissen kann, wo letzten Endes wirklich „entlarvt“ werden wird. Die Zweite Internationale steht ohne jede Illusion und mit sehr geringen Hoffnungen auf praktische Ergebnisse dieser

## Das Siedlungsproblem in der Landwirtschaft

Die Zertrümmerung des Großgrundbesitzes ist das Ziel der sozialistischen Agrarpolitik, also ließen sich nach der Revolution nicht nur viele neugeborene Sozialisten, sondern leider auch gute alte Parteigenossen vernehmen. Gewiß waren manche von ihnen sehr darüber klar, daß mit diesem Ausspruch nichts weiter gesagt werden sollte, als daß die Beilegung der Ausbeutung fremder Arbeitskraft auch in der Landwirtschaft das Streben der Sozialdemokratie sein muß. Dieses sei aber nur dann möglich, wenn der Großgrundbesitz in seiner heutigen Art verschwindet und an seine Stelle eine andere Form der Bewirtschaftung tritt, wobei die besagten Genossen die genossenschaftliche Bewirtschaftungsweise im Auge hatten. Gewiß ist zuzugeben, daß wir in Zukunft gerade auch in der Landwirtschaft dem genossenschaftlichen Landbau besondere Aufmerksamkeit werden widmen müssen. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die Verteilung und Veredelung der heute im Großen bewirtschafteten Güter nicht im Interesse der Volksernährung liegt. Das beweisen vor allem zwei Faktoren, die der Reformbund der Gutshöfe in Bad Nauheim herausgegeben hat. Für Hessen hat er ermittelt, daß die Gutsbetriebe je Hektar Anbaufläche 26,6 Stäbter mit Brotgetreide beliefern haben, während die Gemeindebetriebe nur für 13,2 Personen Brotgetreide an den Markt brachten. Für Württemberg lauten die entsprechenden Zahlen 26,1 und 14,4. Für diejenigen, die sich eingehender für dieses Problem interessieren, sei hier einmal eine Tabelle aus der Schrift angeführt, welche die Leistungen der Gutshöfe in Württemberg mit denen der Gemeindebetriebe vergleicht.

Bedeutung der Brotgetreidelieferung für die Volksernährung (nach einzelnen Größenklassen).

	Gemeindebetriebe in der Größe von						Gutsbetriebe
	0-2,5 ha	2,5-5 ha	5-15 ha	15-25 ha	25-50 ha	50-100 ha	
Brotgetreidelieferung Selbstversorgungsteil kg	322678	317900	689381	102120	83262	23805	371265
Auf Selbstversorgung entfallen kg	315504	278168	370900	40320	26820	5760	45648
Für Nichtselbstversorgung verbleibend kg	7074	44785	288581	61800	56742	17845	825617
Die Brotgetreide-Anbaufläche beträgt	161,17 ha	226,79 ha	594,26 ha	94,67 ha	74,10 ha	16,98 ha	840,73 ha
Auf Nichtselbstversorgung entfallend je ha Anbaufläche kg	48	197	504	655	723	1050	2423
Auf 1 ha Brotgetreide-Anbaufläche entfallend Selbstverf.	13,6	8,4	4,9	3,9	2,8	2,4	0,9
1 ha Brotgetreide-Anbaufläche ernährt Nichtselbstverf.	0,5	2,1	5,4	7,1	7,8	11,3	28,1
Gutslieferung im Vergleich zur Gemeindeleistung	5020%	1230%	481%	370%	334%	232%	

Dafür, daß diese Zahlen den Tatsachen entsprechen, bürgen Verhandlungen einer sozialdemokratischen Bezirkskonferenz, die im vorigen Jahre in Mainz tagte. Dort referierte Engelmann, Mainz, über das hessische Landgetreide und führte aus, er sei mit vielen andern Parteigenossen zu der Überzeugung gekommen, daß die Verteilung landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes zugunsten des Kleinbauernstandes zu noch schlimmeren Ernährungsschwierigkeiten führen würde, wie sie in den letzten Jahren durch die Hauptlast des Kleinbauern eingetreten seien. Gerade jetzt, wo es in der bittersten Not des Vaterlandes gelte, die landwirtschaftliche Produktion zu heben und die Volksernährung zu verbessern, dürften die mittelgroßen und großen landwirtschaftlichen Betriebe nicht zertrümmert werden. Umso mehr nicht, als feststehe, daß diese ihre Vorkriegsleistung fast durchweg erfüllt hätten, während bei den kleinbäuerlichen Betrieben das Gegenteil der Fall sei. Gerade Rheinbessen mit seiner meist kleinbäuerlichen Landwirtschaft habe seine Vorkriegsleistung besonders in der Getreide- und Kartoffelproduktion nicht erfüllt. Ein oberbessisches Postamt habe 1918 2916 Doppelzentner Kartoffeln und 6837 Doppelzentner Getreide abgeliefert, während die das Mehrfache der Anbaufläche des Gutes zählende Gemeinde durch ihre Kleinbauern nur 4621 Doppelzentner Kartoffeln und 4459 Doppelzentner Getreide abgeliefert hätte. Auf den Hektar habe das Postgut 26,28 Doppelzentner Getreide, ein Kleinbauer jedoch durchschnittlich nur 16,90 Doppelzentner abgeliefert. Noch augenfälliger trete die Differenz bei der Kartoffelproduktion der Großgüter zutage. Der oberbessische Posthof lieferte 1918 von 78 Hektar 155 455 Liter Milch und 423 Pfund Butter, während die Kleinbauern derselben Gemeinde von 187 Hektar nur 44 200 Liter Milch und überhaupt keine Butter abgeliefert haben. Das große hessische Postgut in Elheim lieferte nämlich von 80 Hektar etwa 400 Liter Milch, während die Kleinbauern der Umgegend mit der mehrfachen Zahl der Milchkuhe noch nicht einen Bruchteil dieser Milchmenge abliefern. Der Referent kam daher zu dem Schluß, daß die Durchführung des Landbesitzgesetzes in der jetzigen Zeit zu einer Katastrophe auf dem Gebiete der Volksernährung führen würde. Um so sonderbarer mutet es

## Der Strich durch die Rechnung

Mit Ach und Krach sind die alliierten Finanzminister in Paris zu einer Einigung darüber gekommen, wie sie die Zahlungen Deutschlands unter sich verteilen wollen:

1. Die Besatzungskosten bis zum 1. Mai verteilen sich folgendermaßen: Auf Belgien 102 Millionen belgische Franc; auf England 2 Millionen Pfund Sterling; auf Frankreich 480 Millionen französische Franc.
2. Die Sachleistungen Deutschlands im Jahre 1922 verteilen sich folgendermaßen: 65 Prozent für Frankreich und 35 Prozent für die übrigen Entente-mächte.
3. Das Wiesbadener Abkommen wird für eine Dauer von drei Jahren abgeschlossen unter dem Vorbehalt, daß die Sachleistungen im Jahre 1923 nicht 240 Millionen und in den Jahren 1923 und 1924 nicht je 750 Millionen übersteigen. — Rechnerische Abkommen können mit Deutschland auch von anderen Entente-mächten als Frankreich abgeschlossen werden.
4. Die deutsche Kohle wird den Franzosen nur mit Inlandspreis angedreht. Die Italiener sollen unterstützt werden, von Deutschland die gleiche Vorgangsbehandlung für Kohlelieferungen zu erhalten.
5. Die erste Goldmilliarde wird folgendermaßen verteilt: 500 Mill. Goldmark für England als Rückerstattung eines Teiles der englischen Besatzungskosten vor dem 1. Mai 1921; 140 Mill. Goldmark für Frankreich; 172 Mill. italienische Lire (Papierlire) für Italien, den Rest für Belgien (Prioritätsdarlehen). Das Restguthaben der Engländer und Franzosen für ihre Besatzungskosten bis zum 1. Mai 1921 wird gedeckt nach der Verteilung der belgischen Priorität.
6. Bezüglich der Saar-Lotharingerwerke wurde vereinbart, daß hierfür 800 Mill. Goldmark auf das Konto Frankreichs für das Jahr 1922 angedreht werden sollen. Falls die Entschädigungskommission jedoch die Saargruben höher einschätzen sollte, wird Frankreich dafür Schuldverschreibungen der Serie C, soweit auf seinen Anteil entfallen, zurückerhalten.

Amerika ist dabei natürlich nicht berücksichtigt worden. Einmal, weil es auf der Konferenz der Finanzminister nicht offiziell, sondern nur durch einen Berichterstatter vertreten war, und dann, weil es den Berliner Vertrag nicht mitunterzeichnet hat. Beides aber hinderte die Amerikaner nicht, ebenfalls ihre Ansprüche zu stellen. Und just in dem Augenblick, in dem die Alliierten die Deute geteilt hatten, überreichte der amerikanische Vertreter folgende Denkschrift:

„Ich erhielt heute morgen aus Washington eine Kabeldepesche, in der mir die Mitteilung erteilt wurde, die Erklärung abzugeben, daß die Kosten der amerikanischen Besatzungsarmee bis zum 1. Mai 1921 etwa 241 Millionen Dollar betragen. Die alliierten Regierungen, Großbritannien

vielleicht ausgenommen, erhielten bis zum 1. Mai 1921 die militärischen Ausgaben vollständig zurückgezahlt, und auch die Kosten der englischen Besatzungsarmee werden durch die gegenwärtigen Abmachungen vollständig gedeckt werden. Die amerikanische Regierung rechnet damit, daß die vollständige Bezahlung ihrer Besatzungskosten wenigstens bis zum 1. Mai 1921 erfolgt, ebenso der Reparationsanteil an den deutschen Zahlungen für Reparations- oder sonstige Zwecke verwendet wurde. Was die laufenden Kosten anbelangt, so habe ich Mitteilung erhalten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten deren volle Bezahlung fordern wird. Falls sie in dieser Hinsicht eine Zusage erhalten sollte, liegen weiter keine Schwierigkeiten vor, um bezüglich der Zahlungsfrist Abmachungen zu treffen.“

Man kann sich denken, daß diese Rede, die alle mühselig getroffenen Vereinbarungen wieder hinfällig macht, wie eine Bombe gewirkt haben muß.

Um die Konferenz nicht ganz zwecklos erscheinen zu lassen, ist man auf den „Ausweg“ verfallen, die getroffenen Entscheidungen unter dem Vorbehalt anzunehmen: „Wenn Amerika keine Einwendungen erhebt!“

Auch dieser amerikanische Schritt ist ebenso wie die sehr geschickte Antwort Amerikas auf die Einladung nach Genau — in erster Linie gegen Frankreich gerichtet. Und es ist überaus interessant zu beobachten, wie sich England und die Vereinigten Staaten in ihrem Kampf gegen Poincaré gegenseitig die Hände zuspielen. Vor wenigen Tagen wurde von englischer Seite ein neuer Vorschlag gemacht, die Landrührungen nach einem gewissen Plan einzuschränken; wobei Frankreich als der stärksten Landmacht ein Friedensheer von 180 000 Mann zugebilligt wurde. Heute wird aus Washington gemeldet, Präsident Harding kündigte an, daß in nächster Zeit bereits eine europäische Konferenz für die Abrüstung zu Lande zusammentreten werde.

### Ausfahrungen in Gotha

Gotha, 12. März. Gelegentlich der hier abgehaltenen Tagung des jungdeutschen Ordens Thüringen kam es zu schweren Ausfahrungen. Bei dem Fadelang am Sonnabend Abend drangen jugendliche Kommunisten auf die Teilnehmer des Tages ein, mit ihnen zu gehen und warfen mit Steinen und Eisenstücken. Bei der darauffolgenden Schlägerei gab es zahlreiche Verletzungen auf beiden Seiten. Die Verletzungen sind zum Teil schwerer Art. Infolge dieser Vorkommnisse mußte der für Sonntag geplante Festzug abgelaßt werden. Die Aufklärung der Hermandtschlägerei von Kleist im Stadttheater wurde nur durch ein verhängnisvolles Polizeiaufgebot ermöglicht.